

Helga Grebing · Walter Scheiffele · Klaus Wettig

Ein Politiker aus dem Kraftfeld der Moderne

Festakt zum 150. Geburtstag
von Heinrich Peus



**FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG**



Reihe
Gesprächskreis Geschichte
Heft 104

Helga Grebing · Walter Scheiffele · Klaus Wettig

Ein Politiker aus dem Kraftfeld der Moderne

Festakt zum 150. Geburtstag von Heinrich Peus

Gesprächskreis Geschichte

Heft 104

Friedrich-Ebert-Stiftung
Archiv der sozialen Demokratie

Herausgegeben von Anja Kruke und Meik Woyke
Archiv der sozialen Demokratie

Kostenloser Bezug beim Archiv der sozialen
Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung

E-Mail: Eva.Vary@fes.de
<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgegebenen
Medien ist ohne schriftliche Zustimmung der Herausgeberin nicht gestattet.

© 2014 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

Redaktion:
Anja Kruke, Bettina Kuhlmann, Eva Váry, René Weigt

Gestaltung und Satz:
PAPYRUS – Lektorat + Textdesign, Buxtehude

Umschlag:
Pellens Kommunikationsdesign GmbH unter Verwendung von Bildern aus dem Stadtarchiv
Dessau-Roßlau und der Stiftung Bauhaus Dessau

Herstellung:
Katja Ulanowski

Druck:
bub Bonner Universitäts-Buchdruckerei

ISBN 978-3-86498-777-9
ISSN 0941-6862

Inhalt

Vorwort

Astrid Becker/Robert Hartmann	4
-------------------------------------	---

Vorwort

Philipp Oswalt.....	7
---------------------	---

Einführungsvortrag

Helga Grebing	
Vom Geist der Zeit der Weimarer Moderne.....	9

Festvorträge

Walter Scheiffele	
Heinrich Peus, das Bauhaus und eine etwas andere Kathedrale des Sozialismus.....	15
Klaus Wettig	
Peus der Politiker	26
Zu den Autoren.....	39

Vorwort

Politisch, wirtschaftlich und kulturell ist Dessau zu Beginn des 20. Jahrhunderts maßgeblich durch den Sozialdemokraten Heinrich Peus geprägt worden. Über 40 Jahre wirkte Peus für die Stadt, die in dieser Zeit auch weit über die Landesgrenzen hinaus an Bedeutung gewann. Peus war aber nicht nur Politiker und Sozialdemokrat, er war auch ein Visionär seiner Zeit. Neben vielen gesellschaftlichen und technischen Fortschrittsgedanken hatte er auch die Vision des Internationalismus und einer Weltsprache.

Geboren 1862 in Elberfeld, dem heutigen Wuppertal, studierte Peus in Berlin Theologie, Ökonomie und Geschichte. Anfänglich lebte er als Schriftsteller. Über sein parteipolitisches Engagement in der SPD war er auf verschiedenen Ebenen politisch aktiv. Er war Mitglied des Reichstags der Weimarer Republik, im Anhaltischen Landtag, dessen Präsident er zehn Jahre lang war, und engagierte sich in der Kommunalpolitik.

In Dessau begründete Peus das „Volksblatt für Anhalt“, organisierte die SPD und machte sie zur führenden politischen Kraft. Ab 1900 gründete er verschiedene Genossenschaften, darunter eine Spar- und Kreditgenossenschaft sowie einen Konsumverein. Auf seine Initiative hin wurde 1904 die „Arbeiterdruckerei“ in Form einer Genossenschaft neu organisiert. 1910 gelang es, das bürgerliche Vergnügungslokal „Tivoli“ in ein sozialdemokratisches Kulturhaus umzuwandeln; es wurde zum kulturellen und politischen Zentrum der Sozialdemokratie. Bereits vor dem Ersten Weltkrieg kämpfte Heinrich Peus für menschenwürdige Arbeiterwohnungen in „Siedlungshäusern im Grünen“.

Die Jahre nach dem Ersten Weltkrieg steckten voller Energie, um einen Umbruch zu vollziehen – in den Großstädten aber auch in den Provinzen. Weimar und Dessau machten in dieser Zeit Geschichte. Soziales Denken und soziales Bauen, Design und Industrie, Kunst und die Bewertung der Geschlechter zeigten neue Ansätze und Ideen.

1925 sicherte Peus gemeinsam mit dem damaligen Oberbürgermeister von Dessau, Fritz Hesse, den Fortbestand des Bauhauses, dem nach seiner Schließung in Weimar das Aus drohte. In den folgenden sieben Jahren wurde das Bauhaus in Dessau weiter entwickelt. Es begann ein Zusammenspiel aus Kunst, Industrie und Politik. Peus war überzeugt, dass die Ansichten des Bauhauses denen der sozialdemokratischen Ziele entsprachen. Es waren Gedanken, den Hausbau mit modernen Produktionsmitteln und Materialien zu reformieren, und wie sich mit einer fortführenden Industrialisierung soziale Probleme lösen lassen. Die Ästhetik der Moderne war für Peus nicht vordergründig, mit seinem weltoffenen Verständnis hatte er damit keine Probleme.

Peus warb mit Grundsatzdiskussionen für die Ideen des Bauhauses. Sozialdemokratie und die Gedankenwelt der Bauhäusler waren für ihn untrennbar. Stadtentwicklung, Architektur, soziales Denken und Politik gehörten zusammen. Neben den politischen und sozialen Fragen ließ sich Peus auch von Visionen und Utopien des technischen Fortschritts begeistern. Das Bauhausgebäude in Dessau wurde zur Ikone der Moderne.

Doch der Prozess wurde durch konservative Kräfte gestoppt. Die Ideologie des Nationalsozialismus und der Sieg der NSDAP brachten die innovative Entwicklung zum Erliegen.

Ohne Heinrich Peus wäre das Bauhaus wohl nicht nach Dessau gekommen. Und ohne das Bauhaus in Dessau würde sich das Land Sachsen-Anhalt heute nicht zum Land der Moderne bekennen. Etwa 75 Jahre später wurde das Bauhaus zum Weltkulturerbe erklärt. Eine anerkannte internationale Beachtung! Für Peus ist damit ein weiteres Stück Vision in Erfüllung gegangen.

Peus engagierte sich darüber hinaus für die internationale Verständigung. Er setzte sich zunächst für die Kunstsprache Esperanto und später für Ido ein, übernahm Funktionen in der Ido-Gesellschaft und entwarf eine Ido-Kurzschrift.

Am 10. April 1937 starb der Sozialdemokrat Heinrich Peus. „Gerechtigkeit forderte er. Die Wahrheit suchte er. Die Menschheit liebte er“ – so war auf der Todesanzeige zu lesen. Sein Name durfte schon nicht mehr benannt werden – aber

jeder wusste, es war der, der sich von 1890 bis 1933 leidenschaftlich für eine menschlichere Welt eingesetzt hatte.

„Ein Politiker aus dem Kraftfeld der Moderne“ – unter diesem Titel stand die Festveranstaltung zum 150. Geburtstag von Heinrich Peus am 24. Juli 2012, die vom Landesbüro Sachsen-Anhalt der Friedrich-Ebert-Stiftung in Zusammenarbeit mit engagierten Bürgern aus Dessau vorbereitet wurde.

Die zahlreichen Vorträge, die aus ganz unterschiedlichen Perspektiven die Situation in Dessau und natürlich auch das Wirken von Peus beleuchten, werden in dieser Publikation dokumentiert.

Astrid Becker, Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Sachsen-Anhalt

Robert Hartmann, Stadtrat Dessau-Roßlau

Vorwort

Der vielseitig gebildete sozialdemokratische Politiker, Verleger, Sprachreformer und Schriftsteller Heinrich Peus war eine der Persönlichkeiten in Dessau, ohne die das Bauhaus 1925 nicht diese guten Startbedingungen erhalten hätte. Auch wenn er sein Interesse am Bauhaus sehr stark auf den durch Rationalisierung ermöglichten Bau erschwinglicher Eigenheime setzte, waren sein bemerkenswert breit angelegtes Wissen, seine Neugier und Offenheit gegenüber Erneuerungsbestrebungen eine gute Grundlage für die Wertschätzung und Beförderung einer ebenso komplexen Institution wie dem Bauhaus. Heinrich Peus, obschon Mitte der 1920er Jahre weit über 60 Jahre alt, sah in dem fast 20 Jahre jüngeren Bauhausdirektor Walter Gropius in grundlegenden Einstellungen wie dem Streben nach internationalen Normen – sei es bei der Gestaltung der Dinge des Alltags oder beim Streben nach einer neuen Weltsprache – einen Gleichgesinnten und bekannte sich 1926 zu ihm: „Er verwirft ebenfalls alles Alte, das in den modernen Produktionstypus, in das ganze Leben moderner Technik und modernen Verkehrs sich nicht einpassen will.“

Das Bauhaus hatte mit Heinrich Peus neben Fritz Hesse und einigen anderen einen mutigen, engagierten wie auch durchsetzungsstarken Politiker, der offensiv für die Hochschule für Gestaltung eintrat. Allerdings war Peus ebenso ein Mann mit eigenen Vorstellungen, auch was bestimmte Ausrichtungen des Bauhauses, insbesondere die Ziele und Methoden eines sozialen Bauens betraf. Peus war ein streitbarer Mann, der sich auch nicht vor Kritik an den Bauten des Bauhausdirektors Gropius scheute, wenn sie seinen Vorstellungen und Forderungen nicht entsprachen.

Heinrich Peus gehört zu den herausragenden Persönlichkeiten, die nicht nur in der anhaltischen und Dessauer Geschichte, sondern ebenso in der Geschichte des Bauhauses einen festen Platz haben. Ohne die Unterstützung durch kultursinnige, liberale Politiker hätte es weder das Bauhaus noch generell die Blüte der klassisch modernen Architektur der Weimarer Republik gegeben. Ob Neues Frankfurt oder Neues Berlin, Rotes Magdeburg oder Rotes Wien: Die großarti-

gen kommunalen Bauprogramme für Wohnungen und soziale Infrastruktur der 1920er Jahre setzten eine politische Programmatik voraus, die Hand und Hand ging mit den Ideen der Avantgarde. Es ist begrüßenswert, dass sich die Friedrich-Ebert-Stiftung mit dem vielschichtigen Wirken dieses bemerkenswerten sozialdemokratischen Politikers auseinandersetzt und damit auch seinen Anteil an der Bauhausgeschichte vergegenwärtigt.

Philipp Oswalt, Direktor der Stiftung Bauhaus Dessau (bis Februar 2014)

Helga Grebing

Vom Geist der Zeit der Weimarer Moderne¹

Die kulturelle klassische Moderne gewann zu einem Zeitpunkt die Kraft einer Bewegung, als sich gleichzeitig die industrielle Massengesellschaft bildete. Die klassische Moderne war das Produkt des sich von den letzten Resten vor-aufklärerischer Herrschaft befreienden liberalen Bürgertums. Jedoch war ihr von Anfang an, also seit den 1890er Jahren, eine zwiespältige Grundtendenz eigen: Das Bürgertum kämpfte, indem es für sich kämpfte, zugleich gegen sich. Denn aus der Proklamation der Autonomie und Vielfalt der kulturellen Sphäre folgte, dass auch jene Kräfte toleriert werden mussten, die sich als antibürgerlich verstanden und entsprechende Denk- und Lebensformen anstrebten. Da fällt einem als Inkarnation dieses Vorgangs Thomas Mann ein, der sich selbst zum Kulturbürger *par excellence* zu stilisieren verstand und sich schließlich als Sozialist – wenn auch sehr eigenwilliger Form – bekannte.

Besser ein anderes Beispiel: Berlin. Das so wilhelminisch unmoderne Berlin wird in den 1920er Jahren zum Zentrum der kulturellen Moderne. Berlin – und nicht München, obgleich dort, in der Schwabinger Bohème, die kulturelle Moderne eingeläutet worden war. Berlin, in der Zwischenkriegszeit mit vier Millionen Einwohnern die drittgrößte Stadt der Welt, entwickelte sich schließlich zur kulturellen Kapitale, und galt bald, wie es Heinrich Mann einmal ausdrückte, das Paradigma einer egalitären und humanen Industriegesellschaft – gleichsam eine lebendige Verknüpfung von Kultur und Zivilisation.

Dort in Berlin entwickelte sich, entstand, ergab sich, wurde gebildet all das, was in diesem Sinne über die Metropole bis in die Provinz ausstrahlte, die keine mehr sein wollte und daher auch nicht mehr sein musste. Es entstanden die Warenhäuser als neue Großraumanlagen, die auch das Straßenbild veränderten: große Schaufenster, Lichtreklamen, Nachtbeleuchtung gab es ab 1900 am Leip-

¹ Vortrag gehalten zum Festakt im Bauhaus Dessau am 24. Juli 2012 anlässlich des 150. Geburtstags von Heinrich Peus.

ziger Platz bei „Wertheim“ und „Tietz“ zu bestaunen, ebenso am Alexanderplatz und ab 1907 bei Adolf Jandorfs „Kaufhaus des Westens“, das heute noch am Wittenbergplatz steht.

Die Warenhäuser als Künder der neuen Zeit waren also bereits vor 1914 vorhanden, aber nun nach 1918 leuchteten sie ungehemmt und ungebremst noch heller, noch bunter, und 1927 entstand sogar ein neues Modell: das Versandhaus, genannt Quelle! Diesmal nicht in Berlin, sondern in Fürth – auch die Provinz ließ sich auf die Moderne ein. Solide, zwar immer noch kleinbürgerlich, aber durchaus aufgeweckt. Dagegen verkörperte die Metropole Berlin inzwischen die moderne „Hure Babylon“, wie die Werke der berühmten Maler jener Jahre – Conrad Felixmüller, Ernst Ludwig Kirchner, George Grosz, Rudolf Schlichter oder Max Beckmann – schreiend zum Ausdruck bringen.

Die eigentliche moderne Kunst jener Jahre aber war die neue Stadtbaukunst. Auch ihre Anfänge lassen sich bereits vor 1914 finden, aber mehr noch als in anderen kulturellen Arealen behielt auch das traditionelle Bauen seinen Platz. Erst die Neue Sachlichkeit, von der ihre Erfinder sagten, nichts sei phantasievoller als sie, machte das Bauhaus zunächst in Weimar, dann in Dessau zum weltweit berühmt werdenden Tatort. Sachlichkeit und Funktionalität verdrängen die deutsche Gemütlichkeit. Und wem das damals zu viel war, der ließ sich vom Werkbund beschwichtigen – der agitierte zwar gegen das neue Bauen, aber auch er war nicht unmodern.

Das Bauhaus war nicht die einzige Findungsstätte für das neue Bauen: In Berlin wirkten Bruno und Max Taut sowie Erich Mendelsohn, in Frankfurt am Main Ernst May als Chef des gesamten Bau- und Siedlungswesen der Stadt und in Stuttgart entstand zudem die Weißenhofsiedlung. Wer aber waren die neuen Bauherren? Es waren die Stadtgemeinden, die großen Unternehmen wie die Deutsche Edison-Gesellschaft für angewandte Elektrizität (AEG), Siemens, Continental, die Elektrizitätsgesellschaften, die Post, die Eisenbahn, und nicht zu vergessen die Genossenschaften aus dem weiten sozio-kulturellen Feld der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Wen wundert es da, dass es einen Leuchtturm gab, in dem alles versammelt war: unweit Berlins, der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund (ADGB) als Bauherr und der zeitweilige Direktor

des Dessauer Bauhauses, der bekennende Marxist und radikale Funktionalist, Hannes Meyer als Architekt.

Die Gewerkschaftsschule des ADGB in Bernau symbolisiert als Gebäude den konsequenten Schritt der modernen Architektur vom bürgerlichen Individualismus zum sozialen Auftrag für die Gestaltung gemeinschaftlicher Interessen und zu deren Einordnung in einen allgemeinen Zusammenhang. Das drückte sich nicht nur in der Gestaltung der Wohnblocks aus, sondern auch in den Straßenbildern mit den Weltstadtplätzen (wie dem Funkturm in Berlin) und den sichtbaren Massenverkehrsarten (wie der Untergrund- und Hochbahn). Immer machte sich der Anspruch bemerkbar, im Gegensatz zum einzelnen, isolierten Haus ubiquitär und egalitär zu wirken. Auch hier führte die Beschleunigung der Wahrnehmung das Neue sehr schnell in die Provinz: „Unser schönes Luckenwalde“, eine industrialisierte Kleinstadt südlich von Berlin konnte es einfach nicht lassen, sich über sich selbst mit einer solchen Zuordnung zu freuen.

Das alles passte zum Kultursozialismus und zur Arbeiterbildung sozialdemokratischer Herkunft; diese erreichten in der Zeit der Weimarer Republik neue Höhepunkte, sowohl Rekordzahlen der bestehenden Vereine waren zu verzeichnen als auch Neubildungen von Vereinen, wie beispielsweise der Arbeiter-Radio-Bund, der Arbeiter-Angler-Bund und der Arbeiter-Schützen-Bund. Aber in den späteren 1920er Jahren machte sich auch bereits die Tendenz zu entpolitisierter Massenkultur, besonders im Sport, sehr rasch bemerkbar, und dies vorzugsweise in den Großstädten – an das „Sechstagerennen“ und ans Boxen sei erinnert.

Überall gab es das „Neue“, das im Folgenden nur aufzählend registriert werden soll: Literatur und Publizistik verschränkten sich miteinander, in Zeitungen, Zeitschriften, im Radio waren nun Erich Kästner, Alfred Döblin, Hans Fallada und Marieluise Fleißer zu hören. Neue Techniken in der Schaukunst machten das Theater zur „Phantasiemaschine“; es entstand das neue politische Theater verbunden mit dem Namen Erwin Piscator und der Volksbühne in Berlin, und Bertolt Brecht wurde zum epischen Theater inspiriert. Arnold Schönberg, Alban Berg und Anton Webern schufen die neue Musik, während der Dirigent Otto Klemperer, ein vehementer Vertreter der Neuen Sachlichkeit, die alten Meister neu entdeckte.

Und auf einmal betrat auch noch die „neue Frau“ die öffentliche Bühne. Sie figurierte nicht mehr als Backfisch, Hausmütterchen, Blaustrumpf oder Kokotte. Die Neue Sachlichkeit sah sie jugendlich, tapfer, berufstätig, geschäftstüchtig und als Angestellte tätig; sie rauchte, schminkte sich, liebte teures Parfum, suchte männliche Kameradschaft und bevorzugte die Probeehe. Die Architektin Margarete Schütte-Lihotzky überredete die berufstätige Frau zur technisierten vier Quadratmeter kleinen „Frankfurter Küche“, und die SPD-Reichstagsabgeordnete Helene Witte übersetzte das hierzu grundlegende Buch einer amerikanischen Autorin und gab ihm den Titel „Die rationelle Hauswirtschaft“ – mit Ratschlägen für Kostensenkung und Zeitersparnis.

Hinsichtlich des Haushalts und der Küche gilt es, auf ein Unikum aufmerksam zu machen: auf die „rote Köchin“, die in der unmittelbaren Nähe des Weimarer Bauhauses, in den frühen 1920er Jahren also, ein Restaurant betrieb, Mitglied einer rätekommunistischen Zelle am Bauhaus war und bei Paul Klee, dem Meister, und Walter Gropius, dem Chef, lernte. Der romanhafte Bericht über sie ist vielleicht in weiten Teilen nur eine Fiktion, aber ihre Absicht, die Werk tätigen mit dem Kochlöffel für die Revolution zu gewinnen, bleibt doch erwähnenswert. Die angebotenen Rezepte mag man heute noch gern lesen, ob man ihre Ergebnisse auch kosten möchte, darf bezweifelt werden.

Zugegeben: das alles klingt cineastisch. Und das ist ja so falsch nicht: Der Film wurde in jenen Jahren zu einer „massendemokratischen Kunst“. Er zog ein Massenpublikum an, anders als Theater und Oper, und so ist es ja bis heute. Der Film vermischt Ernstes und Unterhaltendes, Elitäres und Massenwirksames – der „Blaue Engel“ und „Kuhle Wampe“ mögen dafür stehen. Der Film war es, der kleinbürgerliche Moral mit faszinierender Erotik touchierte, der Tabubrüche erst einmal virtuell ermöglichte.

Das alles war der Durchbruch der Moderne, war die Neue Sachlichkeit; vielleicht auch das neue Leben für den neuen Menschen. Die Verächter all dieses Neuen sahen darin etwas fürchterlich Triviales, nämlich die platte Amerikanisierung der hehren deutschen Kultur, die Vertreibung von Richard Wagners Tonturbulenzen durch den Jazz, den der große schwarze Mann kraftvoll und ursprünglich musiziert vortrug. Und: Charleston war zum Modetanz geworden – die Arbei-

ter versuchten ihn auch. Bald hieß es erweiterter und ideologisch verbrämt, es handle sich „um die jüdisch-amerikanische Moderne“, die die Paradigmen des europäischen kulturellen Fortschrittsprozesses zu vernichten drohte gleich dem russisch-kommunistischen, vermeintlich ebenfalls jüdischen Bolschewismus.

So marschierte besonders in der deutschen Provinz die konservative Revolution auf, die von der Revolution 1918/19 allenfalls kurzfristig irritiert worden war und sich bereits mitten in der Revolution zum Sturz des Sozialismus und des Liberalismus neu formiert hatte. Und dies mit der verstärkten Schubkraft der aus dem Krieg in die Gesellschaft eingedrungenen Gewaltbereitschaft; erst war es nur die Brutalisierung der Sprache, dann die Fortsetzung des Krieges mit kaum anderen Mitteln, wie sie die extreme massenhafte Körpererfahrung im Ersten Weltkrieg hervorgebracht hatte.

Das zutiefst barbarische Ergebnis dieses Anti-Modernismus war der Nationalsozialismus mit seinen Elementen: Anti-Urbanität, sozialhygienischer Purismus, Natur (anstelle der Wider-Natur des parasitären, chaotischen städtischen Großraums), Blut- und Boden-Mythos, antijüdischer Rassismus. In den fatalen Anleihen, die diese extreme Anti-Moderne bei der paramilitärischen Sachlichkeit technokratischen Denkens tätigt, um die egalitäre humane Moderne zu exekutieren, können deren Ambivalenzen und sogar ein typischer Fall der Dialektik der Aufklärung entdeckt werden: eine spezifische Form nämlich der Selbstbedrohung, sogar der Selbstzerstörung des im besten Sinne bürgerlichen Denkens. In dem Buch über die „rote Köchin“, dessen Autor ein Anonymus ist, heißt es, den Zeitgeist deutend: „Das, was wir doch die Moderne nennen, wird zum Schauplatz autoritärer und destruktiver Ideologie, die einen Sog ausübt auf all die Verblendeten und Erschöpften.“²

Sollten wir deshalb damit aufhören, von der Weimarer Klassischen Moderne zu sprechen, von deren „Goldenen Zwanzigern“ lieber schweigen, der Weimarer Republik den Rang eines Synonyms für Modernität wieder absprechen? Die wissenschaftliche Literatur hat sich ohnehin in den letzten Jahrzehnten mit diesem Themenkomplex kaum beschäftigt, sondern sich stärker mit den Vorformen und

2 *Anonym*, Die rote Köchin. Geschichte und Kochrezepte einer spartakistischen Zelle am Bauhaus Weimar. Aus dem Italienischen von *Ambros Waibel*, Mainz 2012 (zuerst ital. 2003), S. 103.

Nachwirkungen des Nationalsozialismus als „schärfster Absage an die kulturelle Modernität“³ auseinandergesetzt. Sollten wir uns also nicht besser verabschieden von dem Gedanken des Neuen Bauens als Pioniertat für die Formung des Neuen Menschen?

Nein, sollten wir nicht, müssen wir auch nicht. Angesichts von so weit verbreiteten kollektiven Denkverzichten ist die Zeit gekommen, die Werte und die Normen der zukünftigen weltweiten Wissens- und Bildungsgesellschaften in den emanzipatorischen Horizonten der Geschichte der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung zu bestimmen. Und diese Geschichte hat dafür viel zu bieten.

3 Detlev J. K. Peukert, *Die Weimarer Republik. Krisenjahre der klassischen Moderne*, Frankfurt am Main 1987, S. 188.

Walter Scheiffele

Heinrich Peus, das Bauhaus und eine etwas andere Kathedrale des Sozialismus

Das Dessauer Bauhaus erscheint uns noch heute wie ein Solitär in der Kunst- und Designgeschichte: selbstreferenziell, bezugslos. Selbst das Gebäude signalisiert das mit seinem Schwebezustand – so, als habe es sich von allen Bindungen an seine Umgebung befreit.

Aber steht das Bauhaus wirklich für diese Singularität? Walter Gropius hat doch in seinem Programm ausdrücklich die Bindung der Kunst an die Technik betont: „Kunst und Technik eine neue Einheit“. Die Kunsthistoriker hat das weniger interessiert. Aber dass zu diesem neuen Bezugsfeld auch noch die Politik zu zählen wäre – das kam niemand in den Sinn. An Karl Heinz Hüter, den DDR-Historiker, muss hier erinnert werden, der als erster eine kulturpolitische Studie über „Das Bauhaus in Weimar“ vorgelegt hat. Eine Analyse, die eine Fortsetzung für das Dessauer Bauhaus geradezu forderte.

Denn hier in Dessau zeigt sich dieselbe Merkwürdigkeit, dass mehr noch als die technischen die politischen Bezüge des Bauhauses, ohne die es nie existiert hätte, marginalisiert wurden. Hans Maria Wingler, der maßgebende Biograf des Bauhauses, bildet den Oberbürgermeister der Stadt, Fritz Hesse, ab und schreibt dazu: „Mit Fritz Hesse stand und fiel das Bauhaus Dessau.“⁴ Man ist versucht, mit Bertolt Brechts lesendem Arbeiter zu fragen: Stand und fiel es mit Hesse allein? Nein, natürlich nicht. Und schon in Hesses Erinnerungen war über den Sozialdemokraten Heinrich Peus zu lesen, dass er Hesse 1924, begeistert von Gropius, als dieser mit Hesse über den Umzug des Bauhauses von Weimar nach Dessau verhandelte, entgegen rief: „Wenn *ihr* es nicht macht, dann machen *wir* es!“⁵

4 Hans M. Wingler, Das Bauhaus 1919–1933. Weimar, Dessau, Berlin und die Nachfolge in Chicago seit 1937, 3., verb. Aufl., Bramsche 1975 (zuerst Köln 1962), S. 378.

5 Fritz Hesse, Von der Residenz zur Bauhausstadt. Aus den Jahren 1925 bis 1950, Bonn 1995 (zuerst Bad Pyrmont [1963]), Bd. 1, S. 200.

Aber erst die Durchsicht von Peus' Nachlass, den die Historikerin und Autorin Brunhild Höhling in das Stadtarchiv Dessau gab, und die Lektüre der sozialdemokratischen Volkszeitung, in der Peus Tag für Tag Artikel und Kommentare veröffentlichte, zeigte die Bedeutung der Sozialdemokratie für das Bauhaus in Dessau.

Welches waren die Motive für das starke Interesse von Heinrich Peus am Bauhaus? Es war weniger das Interesse an der Ästhetik der Moderne, die bis heute die Kunst- und Designwelt beschäftigt, sondern viel mehr das Interesse an einer konkreten Sozialität dieser neuen Formen.⁶

Als das Bauhaus 1925 nach Dessau kam, ist dort bereits vieles geschehen, das seinen Auftritt vorausgesetzt hat.

Die Industriestadt beherbergte mit den Junkers Flugzeugwerken ein Unternehmen mit Weltruf, und, nicht weniger bedeutend: Die sozialdemokratisch organisierte Arbeiterschaft meldete unter dem Einfluss von Heinrich Peus ihren eigenen Anspruch an Kultur an. Sie wollte mehr als nur Teilhabe an einer bürgerlichen Kultur, die ihr zudem meist verwehrt blieb, sie wollte ihre eigene Kultur. Aber wie sollte bei den kleinen Budgets der Arbeiterfamilien die Finanzierung einer auf eigenen Beinen stehenden Kultur gelingen? Es gab dazu nur einen realen Weg. Den wies Peus seinen Genossen: Sparen, sparen, sparen. Aus Pfennigbeiträgen entstand in der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg die „Arbeiterdruckerei“, in der das „Volksblatt für Anhalt“ gedruckt wurde, und parallel der Dessauer Konsumverein, von dem Peus in den 1920er Jahren berichtete, dass in ihm über

6 Das heißt nicht, dass Peus sich nicht auch mit der Ästhetik des Neuen Bauens auseinandergesetzt hätte. Wo Kunst und Architektur den Weg der Abstraktion beschreiten, schlägt er parallel den der Reduktion ein. Und während Ise Gropius beklagt, dass den Bewohnern von Dessau-Törten die neuen Bauhausmöbel fremd blieben, versucht Peus den Sozialdemokraten den funktionalen Sinn dieser neuen Formen zu erklären: „Seht euch die neuen Fassaden der Häuser an! Glatte Wände, und die Fenster schauen aus einfachen Rahmen. Sie wollen nur sein, was sie sind. Vergleicht damit die alten Fensterrahmen, Säulen mit Simsen und Kapitälchen, aber alles falsch, denn keine hingeklebte Säule trägt, alles nur protzender Schein, alles verlogen, zwecklos und überflüssig kostspielig. Seht euch eure Schränke an! Auch da Säulen, die nichts tragen, die auch nur angeklebt sind. Obendrauf aber Bekrönungen, die nur den Erfolg haben, dass der Schrank unter Umständen jahrelang nicht abgewischt wird, weil die Bekrönungen daran hindern. Aber sie zu schnitzen hat Geld gekostet. Nehmt sie herunter und steckt sie in den Ofen! Das erste Mal, daß sie nützlich sind.“ (Heinrich Peus, Bauhaus und Sozialdemokratie, in: Volksblatt, 12. und 13.7.1926).

die Hälfte der anhaltischen Bevölkerung organisiert sei. Ein Höhepunkt dieser Kulturpolitik war erreicht, als die Arbeiterschaft um 1910 das große, gutbürgerliche „Tivoli“ erwarb und es in ein Volkshaus umwandelte. In einem eindrucksvollen Akt der genossenschaftlichen Selbstorganisation hat die sozialdemokratische Arbeiterbewegung sich ihren Anteil an der Kultur erarbeitet.

Was fehlte jetzt noch? – An dieser Stelle trat das Bauhaus in Erscheinung. Wie stand die Sozialdemokratie zum Bauhaus? Was konnte sie von ihm erhoffen?

Peus hat vier große Grundsatzartikel über die Beziehung der Sozialdemokratie zum Bauhaus verfasst: 1926: „Wir und das Bauhaus“ und „Bauhaus und Sozialdemokratie“. 1927: „Bauhaus und Hausbau“ und „Die Kathedrale des Sozialismus“. Das waren für seine Parteimitglieder wegweisende Artikel. In ihnen wurde der ursächliche Interessenzusammenhang zwischen der politischen und der künstlerischen Moderne begründet. Und Peus begründete ihn mit großer Überzeugungskraft.

Was erhoffte er sich 1926 vom Bauhaus? Peus: „Wir Sozialdemokraten haben das Bauhaus mit hierher geholt, und zwar, weil wir die Gedanken, die das Bauhaus vertritt, billigen. Welches sind diese Gedanken? Es ist vornehmlich der Gedanke, dass man auch den Hausbau den modernen Produktionsmitteln, der modernen Herstellung von Massenartikeln mit Hilfe der entwickelten Hand, mit Hilfe der Maschine, anpassen muß. Es muß dahin kommen, das man das Haus in all seinen Teilen in der Fabrik massenweise herstellt und dann aus seinen Einzelteilen an Ort und Stelle montiert“, – Peus erinnerte an dieser Stelle seine Zuhörer daran, dass für die Arbeiterschaft der Vorteil des Industrieprodukts schon seit viel längerer Zeit auf der Hand liege: „Vor vielleicht 30 Jahren habe ich für die Schuhfabrik mich eingesetzt, und da schrieb ein Cöthener Blatt gegen mich, die Fabrik könne nie solche eleganten und gediegenen Schuhe herstellen wie der Handwerker. Ich habe recht behalten, die Fabrik macht heute die Schuhe als Massenartikel, aber sie macht sie viel eleganter, als der Durchschnitts-Schuhmacher, der mit der Hand ohne Maschine arbeitet, sie machen kann.“ Und er fuhr fort: „So wird es auch mit dem Hause kommen, ich bin davon fest überzeugt, so wie ich es vor 30 Jahren bezüglich der Fabrikschuhe war. Die in Zukunft von der Fabrik hergestellten Häuser werden besser und schöner sein als die, die wir

heute mitten in Wind und Regen unter dem freien Himmel herstellen. Und sie werden insbesondere billiger sein, immer an dem gemessen, was geboten wird.“⁷

Dieses unerschütterliche Vertrauen in den technisch-industriellen Fortschritt hatte Heinrich Peus nicht nur bereit, sondern begeisterungsfähig für technische Utopien gemacht. Als er erfuhr, dass auch Hugo Junkers über den maschinellen Bau von Häusern nachdenke, entwickelte er daraus für seine weniger wagemutigen Genossen das Bild einer ihrer Zeit weit vorseilenden Haus-Technik: „Junkers sagte mir selbst einmal, wenn er keine Flugzeuge baute, würde er wahrscheinlich Häuser gebaut haben. Und zwischen Flugzeug und Haus ist ja auch technisch gar kein großer Unterschied. Denn das Dings, wo die Flügel dran sind, ist schon ein ganz anständiges Haus. Und vielleicht werden wir in Zukunft überhaupt Häuser haben, die fliegen können“ – an dieser Stelle wird allgemeine Heiterkeit vermerkt, aber Peus lässt sich davon nicht beirren und fügt hinzu: „Das ist gar nicht ausgemacht.“⁸

Was also erwartete Heinrich Peus von der modernen Technik und der modernen Architektur, wie sie das Bauhaus nach Dessau brachte? Was erhoffte Peus für die Arbeiterschaft, für die Gesellschaft vom Bauhaus? Und welche Pläne verfolgte Gropius?

Er kam nach Dessau mit dem Ziel, hier zusammen mit Hugo Junkers eine Hausfabrik zu errichten. Häuser sollten wie Schuhe in der Fabrik entstehen. Die Idee von einer „Wohnmaschine“ geisterte durch die 1920er Jahre. Das Bürgertum versetzte sie in Schrecken, die Sozialdemokratie nicht. Im Gegenteil: Als in Dessau-Törten die ersten 60 Häuser nach den Plänen von Gropius standen, prüfte und reagierte Peus kritisch: „Es sollen an den zu erbauenden Häusern mancherlei besondere Hausteile Verwendung finden, aber von verbilligender Maschinenarbeit ist noch keine Rede. Und darum möchte ich auch keine Bauhausleistung vortäuschen, wo keine ist.“⁹ Die überall im Gang befindliche Rationalisierung des Bauens, an der auch das Bauhaus seinen Anteil hatte, reichte Peus noch nicht aus, um die Verbilligung der Häuser so weit zu treiben, dass sie für das Budget

7 Heinrich Peus, Wir und das Bauhaus, in: Volksblatt, 26.6.1926.

8 Ders., Bauhaus und Hausbau. Kampf zweier Welten, in: Volksblatt, 25.11.1927.

9 Ders., Wir und das Bauhaus.

einer Arbeiterfamilie erschwinglich gewesen wären. Er forderte: „Im Bauhause muß es nach meinen Begriffen eine ähnliche Forschungsanstalt geben, wie sie Herr Professor Junkers in seinem Betriebe für das Flugzeug hat. ... Solche Forschungs- und Arbeitsanstalt muß das Bauhaus für die Wohnmaschine sein. Alles was irgendwo in der Welt erdacht wird, um die Wohnmaschine zu schaffen, muß das Bauhaus seinen Schülern bekannt machen und sie selbst zu Gedanken anregen. Das Patentamt ist bekanntlich die Stelle, wo alle die Ideen, die ihr Träger für nützlich hält, gesammelt werden. Alles das muß den Bau-Schülern bekannt werden, und sie selbst müssen Anregung finden, dem Patentamte auch ihre Gedanken, wenn sie welche haben, anzumelden. Ich weiß bisher nicht, ob das Bauhaus sich dieser seiner eigentlichen Aufgabe in ganz hervorragender Weise widmet. Tut es das, dann macht es Dessau genau so bekannt, wie das Junkers mit seiner Flugzeugfabrik macht.“¹⁰

Hier wurden von vielleicht kompetentester Seite in Dessau Forderungen an Gropius und das Bauhaus gestellt. Wie nahe sich die beiden Protagonisten der Moderne in der sozialen Frage kamen, zeigt eine Aussage von Gropius aus dem Jahre 1924: „Die menschliche Behausung ist eine Angelegenheit des Massenbedarfs.“¹¹

Aber: Zur Deckung des großen Bedarfs an Wohnungen wurden in den 1920er Jahren sehr unterschiedliche Strategien entwickelt. Und daraus resultierte ein latenter Konflikt zwischen Peus und Gropius, der erst gegen 1928 deutlicher erkennbar wurde. Die „Gropiushäuser“ in Törten, wie sie damals genannt wurden, hätte man vielleicht mit gutem Grund auch „Peushäuser“ nennen können. Doch davon später.

Was eigentlich ist „Bauhaus“? Was der sogenannte Bauhausstil? Heute ein Mythos, ein Etikett. Aber was ist das Bauhaus wirklich? Peus, mit dem ihm eigenen Scharfsinn, sah das Bauhaus auch dort, wo nicht dessen Name darüber stand. Wenn der Architekt Leopold Fischer im Auftrag des Anhaltischen Siedlerverbands, den Peus mitbegründet hatte, in Dessau-Ziebigk modern plante und baute, und damit den Unwillen von Gropius erregte, dann verteidigte ihn Peus

10 Heinrich Peus, *Wir und das Bauhaus*.

11 Walter Gropius, *Wohnhaus-Industrie*, in: *ders.*, *Architektur. Wege zu einer optischen Kultur*, Frankfurt am Main/Hamburg 1956, S. 116–123, hier: S. 117.

energisch gegen diesen: „Das, was Fischer, der auf derselben Schulgrundlage steht, macht, ist auch Bauhausgedanke. Man ist Bauhausmensch nicht nur, wenn man Gropius heißt.“¹² Der schon damals sich auf das Bauhaus verengende Modernebegriff wurde von Peus so geweitet, dass Moderne und Bauhaus identisch wurden und umgekehrt, dass das Bauhaus als ein Teil der Moderne galt. Deswegen: Man wird in diesem erweiternden Sinne über das Bauhaus hinaus von einer Dessauer Moderne, und von dieser als EINEM Kraftfeld der Moderne in der weltweiten Bewegung der Avantgarden sprechen müssen.

Dessau wurde von aufmerksamen Beobachtern in den 1920er Jahren als eines der erregendsten Experimentierfelder des Siedlungsbaus beschrieben. Hier entstand aus einem genau die Experimente und ihre Wirkungen prüfenden nüchternen Verstand die Vorstellung von einer Moderne, die das Bauhaus als einen ihrer avancierten Bestandteile verstand, aber keineswegs diese Moderne auf das Bauhaus reduzieren mochte. Vor allem Peus setzte auf die vorwärtstreibende Kraft der Konkurrenz unter den Avantgardisten – dies mitunter zum Missvergnügen von Walter Gropius.

Denn Peus installierte mit dem Anhaltischen Siedlerverband und seinen Architekten eine veritable zweite Fraktion der Moderne in Dessau. Deren Leitfigur wurde einer ihrer großen Pioniere, der österreichische Architekt Adolf Loos. Und neben Leopold Fischer, dem Schüler von Loos, griffen Bruno Taut, Martin Wagner und Leberecht Migge in den Dessauer Siedlungsbau ein. Die Wiener und die Berliner Moderne setzten ebenso wie das Bauhaus bedeutende, bis heute eher übersehene Akzente in der Dessauer Siedlungslandschaft. Alle diese unterschiedlichen Fraktionen der Moderne setzten auf die Rationalisierung und Industrialisierung des Wohnungsbaus.

Und Heinrich Peus verstand das, weil er seine Maßstäbe nicht einer Stilkunde entnahm, sondern weil diese der nüchternen Prüfung ihres Nutzens für die Bewohner der neuen Siedlungen entstammten.

Aber Peus war nicht nur der kritisch treibende Beobachter der Siedlerbewegung, sondern einer ihrer Hauptakteure. Er bewegte sich in dem breiten Spektrum

12 Volksblatt, 25.11.1927.

der Bodenreformer, der Gartenstadt- und der Siedlungsplaner. Die herrschende Wohnungsnot begriff Peus als die größte Herausforderung für die Reformpolitik der Sozialdemokratie. Er kämpfte in Anhalt für die Kontrolle über die Bodenpreise. Adolf Damaschke bestätigte ihm: „Anhalt hat seine Sache gut gemacht, am besten von allen deutschen Einzelstaaten [...] nur Anhalt hat bisher die richtige Grundwertsteuer [...].“¹³ Das Genossenschaftsmodell, das für die Konsumgenossenschaft so richtig war, sollte anfangs auch den Dessauer Gartenstadtverein voranbringen. In diesem Modell wurde die Genossenschaft zum Obereigentümer des Hauses, und dessen Bewohner, der Untereigentümer, konnte es bei Bedarf ohne einen Spekulationsgewinn wieder an die Genossenschaft zurückverkaufen.

In den nächsten Jahren jedoch änderte Peus seine Haltung zur Eigentumsfrage: „Wir haben uns hier in Anhalt zu der Erkenntnis durchgerungen, daß es ein Fehler ist, wenn der Arbeiter sein Leben lang auch in dem Sinne ein Proletarier bleibt, daß er nichts hat als das bißchen Möbelkram, wir haben begriffen, daß, wenn durch den Besitz einer Heimstätte der Arbeiter gezwungen wird, durch absparen des Wertes der Heimstätte sich ein Stück Eigentum zu verschaffen, das für seine ganze Existenz ein höchst wertvoller Besitz ist.“¹⁴

Von der Beschaffenheit dieses Eigenheims hatte Heinrich Peus sehr genaue Vorstellungen. Es solle, so Peus, ein einfaches wachsendes Haus in einem 600 qm Garten sein, das etwa 8.000 Reichsmark koste und das mit Stube, Kammer und Küche beginne.¹⁵ Dass ein Haus wachsen könne, war einer der originellsten Gedanken von Heinrich Peus. Der „allmähliche Hausbau“ ergab sich nicht aus der Logik des Architekten, der des Sozialreformers Peus dagegen lag sie nahe: „Siedlungshäuser für Minderbemittelte müssen, wenn auf einmal fertig gestellt, in kleinsten Dimensionen gebaut werden, die auf die Dauer für größer werdende Familien zu klein sind. Baut dagegen Häuser mit leichtester Ausbaumöglichkeit, dann ist der Mangel behoben.“¹⁶ Als Martin Wagner auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise ein „wachsendes Haus“ in Berlin präsentierte, schrieb der

13 Volksblatt, 3.6.1924.

14 Anhaltische Siedlerzeitung 1926, Nr. 11, S. 49.

15 Volksblatt, 6.2.1926 und 25.6.1926.

16 Volksblatt, 26.8.1925.

Sächsischer Siedlerverband an Peus: „Wenn heute das ‚wachsende Haus‘ im Mittelpunkt des Interesses steht, so denken wir immer daran, dass Sie es gewesen sind, der als erster diese Idee proklamiert hat. Leider ist die Zeit damals dafür noch nicht reif gewesen.“¹⁷ „Micra, ma mea“, klein, aber mein, heißt es bei Peus in bestem Ido über dieses kleinbürgerliche Ideal.

In welche Richtung würden sich Stube, Kammer und Küche des Arbeiterhauses entwickeln? Obwohl er von den bürgerlichen Politikern dafür verspottet wurde, sprach sich Heinrich Peus gegenüber den Architekten in Dessau für den kulturellen Standard der Fünf-Zimmer-Wohnung mit drei Schlafzimmern aus. Und als Sozialpolitiker, der Realität und Utopie nicht voneinander trennte, gab er sich damit nicht zufrieden. Als sich in Törten und Ziebigk und in Kleinkühnau die ersten Fünf-Zimmer-Wohnungen als Standard durchzusetzen begannen, dachte er bereits über getrennte Schlafzimmer für Mann und Frau und ein Gästezimmer im Haus nach.

Und wo sollte das Siedlerhaus seinen Platz finden? Nicht an der Straße, sondern im Garten. Adolf Loos hat das präzise formuliert: „Der garten ist das primäre. Das haus ist das sekundäre.“¹⁸ Diese Rückkehr zum Garten gelang in Dessau so gut, weil mit Leberecht Migge der führende Gartenarchitekt der Republik sich sorgfältig der Gartenplanung annahm. Bekannt wurden die hohen Mauern von Ziebigk, mit denen die Erdkrume vor der Austrocknung durch den Wind geschützt wird. Überhaupt: Diese Häuser richteten sich nach dem Garten aus. Ein Wirtschaftshof regelte die Arbeitsabläufe zwischen Garten und Küche, und in Ziebigk bildete ein großer Wintergarten, den Fischer den „grünen Hauptraum“ nannte, den Übergang zwischen Garten und Haus.

Selten ist diese Verbindung von Natur und Kultur so gut gelungen wie in den Siedlungen des Anhaltischen Siedlerverbands.

Erst Frei Otto, ein Naturphilosoph unter den Architekten, wird Jahrzehnte später wieder zu diesem Leben *im* Garten aufrufen. Heute beginnt die Natur wie-

17 Allgemeiner Sächsischer Siedlerverband an Heinrich Peus, 22.7.1932, Stadtarchiv Dessau, Nachlass Heinrich Peus.

18 Adolf Loos, Die moderne Siedlung, in: *ders.*, Trotzdem. 1900 bis 1930, Innsbruck 1931, S. 183–206, hier: S. 191.

der in die Städte zurückzukehren. Die Prinzessinnengärten in Berlin-Kreuzberg sind nur ein Beispiel dafür.

Dennoch: Der Siedlungsplan hatte eine Schwäche: Er weist der Frau die Rolle als Mutter, Hausfrau und Gärtnerin zu. Für Heinrich Peus war seit 1918 klar: „Unsere Frauen müssen nach dem Kriege wieder heraus aus den Fabriken und hinein in die Gartenheime, um dort im Haus und Garten bei ihren Kindern und mit ihnen zu arbeiten.“¹⁹ Frauen als disponible Arbeitsreserve?

Adolf Loos hatte schon seit 1898 dagegen gehalten: Nur „[...] die durch arbeit erworbene wirtschaftliche unabhängigkeit der frau wird eine gleichstellung mit dem manne hervorrufen.“²⁰ Aber auch er diskutierte den Widerspruch, der mit ihrer Bindung an das Haus entsteht, nicht weiter. Heinrich Peus forderte mit seinem Siedlungsmodell die sozialdemokratisch-sozialistische Bewegung heraus. „Baut nicht wie Wien“, schrieb er in einem Leitartikel gegen die berühmten großen Gemeindebauten dieser Stadt. Otto Bauer, der Kopf der österreichischen Sozialdemokraten, verteidigte den von Peus kritisierten kommunalen Wohnungsbau gegen das Eigenheim: „Ich meine [...], dass die Siedlungshäuser eine Überbürdung der Frauen mit Arbeit bedeuten, die durch keinen Vorteil dieser Bauweise aufgewogen werden kann.“²¹ In diesem Zusammenhang gilt es zu beachten, dass für die Wiener Sozialdemokratie kultureller Fortschritt schon bedeutete, dass Teile der Arbeiterschaft zum ersten Mal anstelle einer Schlafstelle eine Wohnung mit Stube und Küche haben konnten.

Kommen wir an dieser Stelle zu jener „Kathedrale des Sozialismus“, in deren Namen das Bauhaus schon seit Weimar diffamiert wurde. Diesem negativ besetzten Symbol rang Peus eine überraschend dialektische Wendung ab: „Ja, wir wollen ‚die Kathedrale des Sozialismus‘ [...] Wenn es einmal soweit gekommen sein wird, daß jede Familie ihr Eigenheim mit Garten und mindestens fünf Räumen hat, und wenn die Menschen, die dann so wohnen, auch das öffentliche Haus,

19 Volksblatt, 18.7.1918.

20 Adolf Loos, Damenmode, in: *ders.*, *Ins Leere gesprochen. 1897–1900*, Innsbruck 1932, S. 164–174, hier: S. 174.

21 Otto Bauer, „Mieterschutz, Volkskultur und Alkoholismus“, Rede im März 1928 in der Versammlung der Wiener Ortsgruppe des Arbeiter-Abstinentenbundes, in: *ders.*, *Werkausgabe*, Bd. 3, Wien 1929, S. 593–608, hier: S. 603.

die Straßen und Plätze der Stadt, die der Öffentlichkeit dienen, die Anlagen und Sportplätze so schön machen, wie es auch wieder der Zweck der Sache erfordert, dann kommen wir zu der Kathedrale des Sozialismus.“²²

Aber es kam anders. Gropius scheiterte in Dessau 1928 nicht nur an den sich verändernden politischen Verhältnissen. Er scheiterte vor allem an der beginnenden Wirtschaftskrise. Sie trieb Kosten und Preise für die Siedlungshäuser in Höhen, die für Arbeiterhaushalte nicht mehr tragbar waren. Hier entwickelte sich der Konflikt mit Peus, der noch verzweifelt gegen diesen Preisanstieg mobilisierte. Aber nicht nur Gropius scheiterte in Törten, auch den Anhaltischen Siedlerverband trieb die Krise in den Konkurs. Und wenig später schlug die wirtschaftliche in die politische Krise um.

Walter Gropius verließ Dessau um 1928. Das Bauhaus als Staatliche Hochschule wurde 1932 auf einen Antrag der Nationalsozialisten im Dessauer Gemeinderat aufgelöst. Fritz Hesse zog sich 1933 nach vorübergehender Schutzhaft nach Berlin zurück und Hugo Junkers wurde im selben Jahr von den Faschisten aus der Stadt verbannt und enteignet. Heinrich Peus, der sich 1928 aus der anhaltischen Politik zurückgezogen hatte, starb 1937 in seinem „Haus im Garten“, das einmal als Modell für ein zukünftiges Wohnen galt. Die Ära der Dessauer Moderne war beendet.

Walter Gropius hat sich vom Konzept des Siedlungsbaus erst nach Dessau gelöst. In Berlin-Haselhorst baute er Scheiben-Hochhäuser, die seiner Vorstellung von einem städtisch verdichteten Wohnen näher kamen. Ein geeignetes Sozialmodell fand er dafür bei dem Soziologen Friedrich Müller-Lyer, der erklärt hatte, dass die Menschheit eine neue Entwicklungsstufe erreicht habe. Die „individuelle Epoche“ sei im Begriff, durch eine „genossenschaftliche Zukunftsepoche“ abgelöst zu werden. Gropius leitete daraus für die Architektur ab, dass „die innere Struktur der industriellen Familie [fort drängt] vom Einfamilienhaus zum VIEL-ETAGIGEN GROSSHAUS und schließlich zum GROSSSHAUSHALT.“²³

²² Heinrich Peus, Die Kathedrale des Sozialismus, in: Volksblatt, 26.9.1927.

²³ Walter Gropius, Die soziologischen Grundlagen der Minimalwohnung für die städtische Industriebevölkerung, in: ders., Architektur, S. 84–94, hier: S. 91.

Heute, im Zeitalter der „New Urban Renaissance“, der Rückkehr des Bürgertums in die Stadtzentren, die es einst verlassen hatte, wird man der Moderne bescheinigen können, dass ihr Ideal der Gartenstadt, der Siedlung, wohl ein Irrweg war, der den „urban sprawl“, die Zersiedlung des Lands und die Dominanz des Automobils mit sich brachte. Freilich – wenn vor Kurzem in der Süddeutschen Zeitung zu lesen war, dass im Zuge der „Gentrifikation“ die türkischen Bewohner, und nicht nur sie, von Berlin-Kreuzberg an die Stadtränder gedrängt würden, dann werden erneut Sozialpolitik und sozialer Wohnungsbau gebraucht. Und die Genossenschaften werden dabei vielleicht wieder eine wichtige Rolle spielen.

In Detailfragen wird man wohl eine bedeutende Differenz zwischen Gropius und Peus finden, aber ihre strategischen Ziele waren dieselben: Die moderne Wohnung sollte mit Hilfe der Technik für ALLE bezahlbar sein. In dieser Epoche sind sich Gestaltung und Politik so nahe wie selten sonst gekommen. Das hat den Gestaltern ihren sozialen Sinn gegeben und das von der Sozialdemokratie getragene Neue Bauen bekam ein modernes Gesicht, das keiner stilistischen Kosmetik mehr bedurfte. Und vieles davon verdankt sie Heinrich Peus.

Klaus Wettig

Peus der Politiker

Der Titel dieses Referats könnte auch lauten: „Heinrich Peus und die kurze Blüte des Bauhauses“, denn tatsächlich hätte der im Bauhaus entstandene künstlerische Aufbruch, der zu einer weltweiten Revolutionierung der Alltags- und Gebrauchskunst führte, 1925 nach der Vertreibung aus Weimar, ein frühes Ende finden können. Doch der neue Standort Dessau bot nicht nur schnelle Rettung, er bot auch vielfältige Unterstützung: vor allem finanzielle Mittel für die Realisierung der Bauhaus-Theorie, für die Umsetzung in reale Produkte.

Politische Laufbahnen, politische Karrieren waren im Kaiserreich etwas völlig anderes als in der nachfolgenden Weimarer Republik und schon gar nicht sind sie mit heutigen Verhältnissen zu vergleichen. Die politische Repräsentanz der 1863 beziehungsweise 1869 gegründeten Arbeiterparteien vollzog sich mühsam und stets von staatlichen Behörden behindert; freilich mit Unterschieden, aber auch die vermeintlich liberalen Staaten legten Stolpersteine. Wer für die Arbeiterparteien kandidierte, musste mit Nachteilen rechnen. Kein Verfassungsrecht, kein Arbeitsrecht schützte, und selbst Versammlungsräume wurden immer wieder von den Gastwirten verweigert, weil diese wirtschaftliche Nachteile durch bürgerliche Kunden fürchteten. Und im ohnehin begrenzten Kommunikationswesen kamen die Arbeiterparteien nicht vor. Eigene Medien existierten nur in geringer Zahl, die bürgerlichen Zeitungen beschwiegen die neuen Konkurrenten. Die Schwierigkeiten des Parteaufbaus verschärften sich unter dem Sozialistengesetz ab 1878 um ein Vielfaches, weil nun mit Verboten, mit Verhaftungen, mit Vernichtung der wirtschaftlichen Existenz, mit Ausweisungen gearbeitet werden konnte. Dass die 1875 durch Zusammenschluss der Gründungsparteien entstandene „Sozialistische Arbeiterpartei“ diese Phase überstehen konnte, verdankte sie einer Besonderheit des Reichstagswahlrechts, das einer Partei trotz Verbots erlaubte, vor einer Reichstagswahl als Wahlverein wieder aufzuleben.

Um bestehen zu können mussten die Arbeiterparteien von Anfang an eine Gegenökonomie entwickeln, die ihren Kandidaten eine von politischen Pressio-

nen unabhängige Existenz sicherte, und die im Falle der Wahl ein Einkommen garantierte, denn Diäten existierten viele Jahrzehnte nicht. Für den Reichstag gab es sie erst ab 1906. Um eine möglichst hohe politische Präsenz zu erreichen, mussten deshalb die wenigen vom politischen Gegner wirtschaftlich nicht angreifbaren Kandidaten in mehreren Wahlkreisen kandidieren. August Bebel kandidierte bei einer Wahl in 56 Wahlkreisen. Nur mit dieser Taktik konnte die Partei präsent bleiben. Selbst 1912, als die SPD stärkste Fraktion im Reichstag wurde, und nach 50-jähriger Existenz ein breites Fundament besaß, trat Bebel außer in seinem Stammwahlkreis Hamburg noch in drei weiteren Wahlkreisen an.

Diese Praxis und die dabei gewonnenen Erfahrungen intensivierte die wieder offen auftretende Partei, die sich nach dem Fall des Sozialistengesetzes 1890 in „Sozialdemokratische Partei Deutschlands“ umbenannte. Sie förderte ihre Nachwuchspolitiker, setzte sie in Entwicklungsgebieten ein und verschaffte ihnen eine wirtschaftliche Existenz.

So geschah es auch im Fall Heinrich Peus, der nicht dem sozialdemokratischen Milieu zuzurechnen ist. Sein Vater war Tischlermeister und er muss ein gutes Einkommen erwirtschaftet haben, um Sohn Heinrich Gymnasiumbesuch und Studium zu ermöglichen, was durch die Erträge eines durchschnittlichen Handwerksbetriebs kaum zu realisieren war. Das Studium des Sohns deutet auch an, dass sozialer Aufstieg beabsichtigt war und nicht die Übernahme des väterlichen Betriebs. Nach dem Abitur begann er das Studium 1883 in Berlin. Für den evangelischen Elberfelder kam ein Studium an den katholisch geprägten Universitäten Bonn und Münster nicht in Betracht, denn weitere Universitäten existierten damals im Rheinland oder Westfalen nicht. Sein Studium war mit Theologie, Nationalökonomie und Geschichte breit angelegt.

Es endete 1889 ohne Abschluss – dazwischen absolvierte er den Militärdienst 1886–87 als Einjähriger – und ab 1890 arbeitete er als Schriftsteller. Was er genau belegt hat, welcher Hochschullehrer ihn besonders beeinflusst hat, ist unbekannt. Sollten die Unterlagen der Friedrich-Wilhelm-Universität – heute: Humboldt-Universität – erhalten geblieben sein, lohnt eine nähere Nachforschung, um die geistigen Anstöße für den weiteren Weg von Heinrich Peus herauszufin-

den, der sich ab 1891 mit der SPD verbindet. Wie sich seine vorherigen Kontakte zur SPD gestalteten, ist ungewiss. Sie dürften nicht offen gewesen sein, denn im Kaiserreich – besonders in Preußen – hätten sie das sichere Ende für jede Berufslaufbahn bedeutet. Die nach dem Ende des Sozialistengesetzes offen auftretende SPD konnte, da sie ihre Gegenökonomie systematisch ausbaute, nun hoffnungsvollen Mitstreitern mit akademischem Hintergrund eine Existenz anbieten: in ihrem wachsenden Zeitungs- und Verlagswesen, bei den Genossenschaften, weniger in den eigenen Sekretariaten oder bei den sozialistischen Gewerkschaften.

Man musste nicht mehr – wie in der Gründungszeit – Gastwirt werden, um für die Partei arbeiten zu können, sondern man wurde Redakteur einer Parteizeitung. Über Heinrich Peus heißt es, er habe für seinen Einsatz im Herzogtum Anhalt die Gründung einer Parteizeitung gefordert. Jedenfalls erschien ab 1891 das „Volksblatt für Anhalt“ in Dessau, dessen erster Redakteur er wurde.

Das Herzogtum Anhalt war für die SPD Entwicklungsgebiet. Im Landtag, der nach einem gemäßigten Zensuswahlrecht gewählt wurde, war die SPD 1891 nicht vertreten. Für diesen kandidierte sie erstmals 1902, nachdem der SPD-Parteitag in Mainz im Jahre 1900 die Partei verpflichtete, auch in deutschen Staaten mit einem Dreiklassen-Wahlsystem anzutreten. Im ersten Jahrzehnt seiner politischen Tätigkeit in Anhalt stand der Reichstag im Zentrum seiner Arbeit. Wenigstens ein Wahlkreis von den zwei Reichstagswahlkreisen des Herzogtums sollte erobert werden. Den Erfolg der Arbeit von Heinrich Peus ist an den Wahlergebnissen abzulesen.

Heinrich Peus' zentrales Aktionsfeld war in den ersten Jahren seiner Tätigkeit im Herzogtum der Aufbau der sozialdemokratischen Presse. Nach dem Start des sozialdemokratischen „Volksblatts für Anhalt“ in Dessau 1891 kamen in den folgenden Jahren Kopfblätter in Bernburg, Köthen und Zerbst hinzu, sodass die SPD des Herzogtums bald über neue Sprachrohre verfügte, mit denen sie ihre politischen Vorstellungen verbreiten konnte. Erste Erfolge ließen nicht lange auf sich warten. Schon zur Reichstagswahl 1893 war der SPD-Anteil auf 34,1% gegenüber 1890 mit 23,2% gestiegen. In dieser Zeit war Heinrich Peus immer wieder Kandidat, der das sozialdemokratische Banner hoch zu halten hatte. 1893 kandidierte er erfolglos im Reichstagswahlkreis Anhalt I: Dessau-Zerbst. Er erreichte

sogar die Stichwahl, unterlag dort aber mit beachtlichen 42,6%. Dessau-Zerbst fiel erneut an einen nationalliberalen Kandidaten. Warum Heinrich Peus von 1898 bis 1907 nicht in diesem Wahlkreis antrat, sondern mit Hermann Käßpler, ein SPD-Redakteur aus Sachsen-Altenburg, der dort auch Landtagsabgeordneter von 1895 bis 1910 war und 1912 den Reichstagswahlkreis eroberte, erschließt sich aus den Quellen nicht. Zum Wahlerfolg im Wahlkreis Dessau-Zerbst kam erst 1912 der bekannte sozialdemokratische Anwalt Wolfgang Heine, der zum rechten Flügel der SPD zählte.

Auch im anderen Reichstagswahlkreis des Herzogtums erfolgte mit Adolf Albrecht, einem selbständigen Schneidermeister aus Halle, der dort auch Stadtverordneter war, eine weitere Fremdkandidatur. Albrecht gewann den Wahlkreis Bernburg-Ballenstedt 1898 in der Stichwahl vor dem Nationalliberalen Friedberg, verlor ihn 1903 jedoch knapp und trat danach in dem Wahlkreis Magdeburg 7 an (Oschersleben-Halberstadt-Wernigerode). Dort agitierte er höchst erfolgreich, denn er gewann den Wahlkreis bei einer Ersatzwahl 1905, verteidigte ihn in der schwierigen „Hottentottenwahl“ 1907 und gewann ihn auch 1912 souverän.

Peus' Reichstagskarriere vollzog sich nach seiner erfolglosen Kandidatur 1893 außerhalb des Herzogtums im Reichstagswahlkreis Potsdam 8 (Westhavelland-Brandenburg), wo er 1896 bei einer Ersatzwahl erfolgreich war, jedoch 1898 verlor. Wiederum erfolgreich war er dort bei einer Ersatzwahl 1900, er hielt den Wahlkreis 1903 und verlor ihn 1907. Mit dem großen Wahlsieg 1912 kehrte er zurück. Also ein durchaus lebhaftes Hin und Her in Westhavelland. Sein wichtigster Gegner war dort zweimal der Erzkonservative Friedrich Wilhelm von Loebell, Landrat in Rathenow und von 1914 bis 1917 preußischer Innenminister; 1898 unterlag er von Loebell, 1900 konnte er ihn besiegen.

Man sollte davon ausgehen, dass die Kandidaturen außerhalb des Herzogtums nicht das Ergebnis innerparteilicher Probleme waren, sondern der Kandidatologik der frühen Sozialdemokratie folgten: wirtschaftlich unabhängige Kandidaten ins Rennen zu schicken, die der bis 1918 üblichen Unterdrückung und Verfolgung ausweichen konnten. Auch das Problem der Wahlkreisarbeit stellte sich damals anders als in der Weimarer Republik oder in der heutigen Zeit. Agi-

tation fand entlang der Bahnstrecken statt, ansonsten befanden sich die Parteien noch im Kutschen-Zeitalter. Die normale Agitation – heute spricht man von Parteiwerbung beziehungsweise Wahlkampfwerbung – übernahm die lokale Parteiorganisation und ihr Umfeld.

In seinem engeren Arbeitsbereich im Herzogtum war Heinrich Peus ein Motor der Parteiarbeit, was sich im Aufschwung der Zeitungen zeigte. Hatte er zu Anfang noch ein Darlehen des SPD-Vorstands in Höhe von 1.200 Reichsmark erhalten, arbeiteten die Zeitungen bald profitabel. An diesem Erfolg hatte ein fast vergessener anhaltischer Sozialdemokrat großen Anteil: Heinrich Deist, Vater des bedeutenden Wirtschaftspolitikers Heinrich Deist, der die Reform der wirtschaftspolitischen Auffassungen der SPD im Godesberger Programm prägte. Heinrich Deist der Ältere trug als Geschäftsführer des Zeitungsverlags mit Druckerei ab 1903 wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg bei, da der gelernte Schriftsetzer betriebswirtschaftlicher dachte als der studierte Nationalökonom Peus.

Heinrich Peus verfolgte die Ideen der nach sozialdemokratischen Vorstellungen organisierten Gegenökonomie auf mehreren Feldern. Mit der Gründung des Konsumvereins sollte den Arbeiterfamilien eine preisgünstige Versorgung des täglichen Bedarfs ermöglicht werden und sie sollten sich aus der Verschuldung über das damals übliche Anschreiben lösen können. Viele Arbeiterfamilien kamen ab Mitte der Woche mit ihrem Wochenlohn nicht mehr aus und mussten auf Pump leben – anschreiben. Das Anschreiben brachte die Arbeiterfamilien in eine doppelte Abhängigkeit: Sie waren an den kreditgebenden Händler gebunden und sie mussten höhere Preise akzeptieren, manches Mal sogar die Verzinsung des Kredits. Der Gründung des Konsumvereins 1901 folgte die Mitwirkung in der entstehenden Genossenschaftsbewegung, die mit der Gründung des Zentralverbands deutscher Konsumvereine, mit Sitz in Hamburg, eine zentrale Organisation erhielt. Heinrich Peus war Mitglied der Gründungskommission. Anzumerken ist dazu, dass der Zentralverband als sozialdemokratischer Verband gegründet werden musste, nachdem der bürgerlich bestimmte Genossenschaftsverband 1902 die sozialdemokratischen Genossenschaften ausgeschlossen hatte.

Die wirtschaftlichen Aktivitäten der SPD im Herzogtum, die der politische Führer Heinrich Peus absicherte und der betriebswirtschaftliche Kopf Heinrich Deist

organisierte, stützten den politischen Aufschwung im 1. Jahrzehnt des 20. Jahrhundert außerordentlich. Das „Volksblatt“ expandierte, erhielt für die wachsende Auflage sogar eine Rotation und weitere Zeitungen entwickelten sich gut: in Bernburg die „Volkswacht“, in Köthen der „Volkswille“ und in Zerbst der „Volksfreund“. Ähnlich erfolgreich war der Konsumverein, der sich mit seinen Produktionsbetrieben und seinen Filialen zu einem Mittelbetrieb entwickelte. Freilich, wie Peus 1907 nüchtern feststellte, auch zur Verdrängung von zahlreichen Kleinbetrieben führte. Er wusste sich aber im Einklang mit dem sozialdemokratischen Programm, denn die Zentralisierung von Produktion und Distribution führte zur preisgünstigeren Versorgung der Arbeiterfamilien und zu besseren Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten.

1910 gelang Peus und Deist mit dem Erwerb des bürgerlichen Vergnügungsorts „Tivoli“ ein politischer Triumph in Dessau. Es war eine gewaltige finanzielle Anstrengung der anhaltischen Arbeiterbewegung und ihrer Unternehmen notwendig, um diesen Kauf zu stemmen. Die bürgerlichen Parteien, die noch die Stadtverordnetenversammlung und den Landtag beherrschten, empfanden diese Aktion als schwere Niederlage. Das „Tivoli“ wurde nach dem Beispiel schon existierender Volkshäuser zum kulturellen und politischen Zentrum der Sozialdemokratie in Anhalt ausgebaut und bis 1933 gepflegt.

Wirtschaftlicher und politischer Erfolg scheinen hier in enger Verbindung zu stehen, denn die anhaltische Sozialdemokratie wuchs bis 1912 auf 46,2 % an. Auch bei den Landtagswahlen zeigten sich erste Erfolge, wenn auch das Dreiklassen-Wahlrecht die Mandate gering hielt. Von den 36 Sitzen wurde wenigstens einer gewonnen. Dieses Mandat gewann 1902 Heinrich Peus, musste es 1908 jedoch wieder abgeben.

Dass Heinrich Peus in diesen Jahren des politischen Aufstiegs nichts geschenkt wurde, zeigen die konservativen Angriffe auf ihn. Am härtesten traf ihn die Anklage wegen Majestätsbeleidigung und Aufforderung zum Hochverrat durch den Magdeburger Staatsanwalt Maizier, der als Sozialistenverfolger bekannt wurde. Nach einer unwürdigen Untersuchungshaft verhiess das erste Urteil zwei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust. Das hätte die politische Arbeit von Peus deutlich blockiert. Das Reichsgericht korrigierte dieses Schandurteil: Die Aber-

kennung der Ehrenrechte wurde aufgehoben und in erneuter Verhandlung entschied das Stendaler Gericht auf ein Jahr Gefängnis.

Die in zwei Jahrzehnten erarbeitete Zustimmung zur sozialdemokratischen Politik drückte sich 1912 im Gewinn der beiden Reichstagswahlkreise aus, dagegen blieb durch das Dreiklassen-Wahlrecht der Sozialdemokratie die Mitgestaltung der Kommunal- und Landespolitik verwehrt. Der Ausbruch des Ersten Weltkriegs blockierte dann für vier Jahre jeden Fortschritt, bis die Revolution von 1918 das alte System beseitigte.

Für Heinrich Peus eröffnete sich mit der Republik, mit der Umwandlung des Herzogtums in den Freistaat Anhalt im fortgeschrittenen Alter eine kaum noch erwartete politische Perspektive. Der fast 60-jährige Peus erhielt nach beinahe 30 Jahren politischer Kärnerarbeit eine neue Chance für die Realisierung seiner politischen Ideen.

Die Novemberrevolution von 1918 beseitigte im Reich und in den Ländern nicht nur die Monarchien, auch das diskriminierende Dreiklassen-Wahlrecht fiel und das Frauenwahlrecht wurde eingeführt. Für die Wahlen im Freistaat Anhalt bedeutete dieses, dass die Sozialdemokratie in der Kommunalpolitik und in der Landespolitik zur dominierenden Kraft wurde. Zwar konnte die SPD die im Dezember 1918 gewonnene absolute Mehrheit im 36 Sitze zählenden Landtag nicht halten, doch blieb sie bis 1932 die dominierende Partei im Landtag und in der Stadtverordnetenversammlung von Dessau.

Heinrich Peus erlangte dadurch im letzten Jahrzehnt seiner politischen Tätigkeit zwei einflussreiche Ämter. Er wurde Vorsitzender der Stadtverordnetenversammlung und Präsident des Landtags von Anhalt. Im Freistaat Anhalt konnte er nun die Politik gemeinsam mit seinem langjährigen Mitstreiter Heinrich Deist gestalten, der Ministerpräsident wurde und dieses bis 1932 blieb. In Dessau trat mit Fritz Hesse ein neuer linksliberaler Oberbürgermeister aus der Deutschen Demokratischen Partei an, für dessen fortschrittliche Politik Peus zum Inspirator, vor allem zum Mehrheitsbeschaffer in der Stadtverordnetenversammlung wurde.

Peus griff nun das Wohnungsproblem auf. Die fehlende staatliche Wohnungsbaupolitik im Kaiserreich, der durch Krieg und Inflation entstandene Kapitalmangel traf zusammen mit der Wohnungsnachfrage geburtenstarker Jahrgänge, sodass die ohnehin miserable Wohnungssituation der Arbeiterschaft sich nach dem Krieg deutlich verschärfte. In Dessau sorgte zudem das Wachstum der Industrien für eine anwachsende Nachfrage. Heinrich Peus hatte schon vor dem Ersten Weltkrieg das Wohnungsproblem angehen wollen, war aber über Anfangsüberlegungen nicht hinaus gelangt. Für ihn war das Erreichen eines sozialen und kulturellen Wohnstandards eine zentrale Forderung, sie war für ihn Voraussetzung für die Entwicklung der angestrebten neuen Gesellschaft, in der Selbstorganisation und Selbsthilfe das Leben bestimmen sollten. In dieses vielfach als utopisch bezeichnete Denken von Heinrich Peus gingen vielfältige Strömungen der Lebensreformbewegung des endenden 19. Jahrhunderts und des frühen 20. Jahrhunderts ein, die hier im Einzelnen nicht dargestellt werden sollen. Dieser Einfluss war gewissermaßen ein Nebenstrom zum Hauptstrom der deutschen Sozialdemokratie, der in der Weimarer Republik immer breiter floss und beachtliche Teile der Sozialdemokratie beeinflusste. Jedenfalls sah Peus in der Lösung der Wohnungsfrage nicht nur eine soziale Frage.

Die wohnungsbaupolitischen Aktivitäten führten zur Gründung von mehreren Gesellschaften, auch eine von Dessauer Unternehmern getragene Gesellschaft wurde gegründet, die unterschiedliche Konzepte verfolgten. Sie waren alle dem Neuen Bauen verpflichtet, sie wollten alle durch Rationalisierung die Baukosten senken, jedoch unterschieden sie sich in einer wesentlichen Frage: Mietwohnungsbau oder Eigenheimbau. In beiden Konzepten wurde die Realisierung als Gartenstadt angestrebt, doch Peus war für den Eigenheimbau, mit größerem Nutzgarten für die Selbstversorgung. Das erklärt auch, weshalb er die Ideen des Bodenreformers Adolf Damaschke übernahm, eines wirkungsmächtigen nationalliberalen Politikers, der in der Beseitigung der Bodensperre ein zentrales gesellschaftliches Reformprojekt sah. Preiswerter Grund und Boden, das war eine Voraussetzung für preisgünstiges Bauen, deshalb engagierte sich Peus für Damaschkens Ideen.

In diesen Debatten, die die anhaltische Sozialdemokratie durchaus in Flügel teilte, war die zentrale Aussage von Peus: „Baut nicht wie in Wien.“ Dort hatte

die Sozialdemokratie in den 1920er Jahren begonnen, ihre Vorstellungen vom Arbeiterwohnungsbau zu realisieren. Wohnburgen, wie den Karl-Marx-Bau, der uns heute immer noch beeindruckt, lehnte Peus ab. Während die österreichische Sozialdemokratie die Wohnung im öffentlichen Eigentum favorisierte und dafür auch in der deutschen Sozialdemokratie viele Anhänger fand, blieb Peus bei seiner Auffassung, dass die Familie Eigentümerin ihrer Heimstätte mit Garten sein solle. Hinter dieser Auseinandersetzung stand auch, dass die Mehrheit der Sozialdemokraten diese Form privater Eigentumsbildung ablehnte und öffentliches Eigentum vorzog.

Die Differenzen über diese Fragen durchzogen auch die neuen Träger der Wohnungswirtschaft in Anhalt. Da sich zu diesem Thema in der Untersuchung von Walter Scheiffele ausreichend Material finden lässt,²⁴ wird sich das Folgende auf die wesentlichen Punkte beschränken.

Ab 1925 setzte die Umsiedlung des Bauhauses von Weimar nach Dessau einen neuen Akzent im Wohnungsbau in Dessau und im Freistaat.

Das Ansehen des Bauhauses, das 1919 im liberal erachteten, aber deutlich konservativen Weimar gegründet wurde, war schon bald heftig umstritten. Die Wendung des Bauhauses gegen deutsche Gestaltungstraditionen, die neuen rationalistischen Gestaltungsprinzipien, das Bekenntnis zur künstlerischen Moderne, vor allem zur Abstraktion, provozierten Widerspruch, den das unkonventionelle Auftreten der Ausbilder, der Bauhaus-Meister und der Studenten noch beförderten. Obwohl politisch ganz und gar nicht „rot“ geprägt, war es das „rote Bauhaus“. Der Begriff des „Kulturbolschewismus“ wurde von dem NS-Ideologen Alfred Rosenberg gezielt auf das Weimarer Bauhaus gerichtet. Eine thüringische Kampfschrift gegen das Bauhaus trug den Titel: „Staatliche Müllzufuhr. Das staatliche Bauhaus in Weimar“. Und als „jüdisch“ wurde manches bezeichnet, was dort entwickelt wurde, zum Beispiel das Flachdach. Als 1923 die sozialdemokratisch geführte Landesregierung Thüringens durch eine Notverordnung Friedrich Eberts gestürzt wurde und ab 1924 eine rechte Regierung die Politik Thüringens fortan bestimmte, blieb für die Arbeit des Bauhauses kein Platz. Das

24 Walter Scheiffele, *Bauhaus, Junkers, Sozialdemokratie: ein Kraftfeld der Moderne*, Berlin 2003.

Bauhaus hätte aufgegeben werden müssen, wenn nicht ein neuer Träger gefunden wurde.

Aber der Verfolgung aus Weimar folgte die Rettung des Bauhauses in Dessau. Was wie ein normaler Umzug klingt, war in der Realität der mittleren Jahre der Weimarer Republik ein politischer Drahtseilakt. Das ästhetische Programm des Bauhauses blieb weiterhin umstritten, auch in Dessau verschwanden die Angriffe nicht, die wirtschaftlichen Probleme waren nach dem Ende der Inflation 1923 geringer geworden, aber längst nicht verschwunden. Kommunal- und landespolitisch hätte man durchaus sagen können, dass drängendere Fragen zu bearbeiten waren als die Ansiedlung einer umstrittenen Kunsthochschule, für deren Wünsche beachtliche Finanzmittel mobilisiert werden mussten.

Fritz Hesse und Heinrich Peus erkannten das Potenzial des Bauhauses für Dessau und Anhalt und sie sahen die Chancen, die ihnen das Bauhaus für ihre politischen Vorstellungen bot. Während Hesse die Verwaltungskraft der Stadt Dessau einbringen konnte, sorgte Peus für die politischen Mehrheiten im Rat und im Landtag, was durchaus nicht selbstverständlich war. Dem weltoffenen kosmopolitischen Verständnis von Peus bereitete es keine Schwierigkeiten sich mit der neuen Ästhetik des Bauhauses zu identifizieren, sie schien auch zu dem Menschenbild, zu der von ihm angestrebten Gesellschaft besser zu passen, als der historisch geprägte Traditionalismus der Kaiserzeit, den er überwinden wollte. In seiner Partei wurde dieses nicht durchgängig so gesehen, sodass er während der Bauhausjahre in Dessau immer wieder als Vermittler und Erklärer gegen Indifferenz und Ablehnung auftreten musste.

Ein wichtiger Punkt für sein Engagement war sicherlich, dass die Ideen des Bauhauses für die Rationalisierung des Bauens, namentlich des Wohnungsbaus, ihm eine Lösung für die Beseitigung des Wohnungsmangels anboten.

Tatsächlich gelang mit der Siedlung Dessau-Törten ein beachtlicher Durchbruch für Peus' Vorstellungen einer Heimstätte mit Hilfe des Bauhauses, der weitere Erfolge nicht folgen konnten, weil 1929 der Beginn der Weltwirtschaftskrise die wirtschaftlichen Grundlagen zerstörte.

Mit der entscheidenden Abstimmung am 23. März 1925 begannen also die Blütejahre des Bauhauses in Dessau. Der Beschluss war nicht einstimmig, wie der Oberbürgermeister gehofft hatte, aber 26 Stadtverordnete – eine frühe sozial-liberale Koalition – aus SPD und DDP stimmten zu, 15 Stimmen gab es dagegen aus dem vereinten rechtsbürgerlichen Lager. Diese Koalition hielten Hesse und Peus bis 1932 zusammen, wobei Peus stets der politisch wichtigere Partner war, denn ohne seine Position in der SPD hätte die Koalition wanken können. Und in der Landespolitik war er mit Heinrich Deist der entscheidende Politiker für die Förderung des Bauhauses.

Nicht übersehen werden darf, dass Hesse und Peus auch Unterstützung aus der anhaltischen Wirtschaft einwarben. Auf die besondere Förderung durch Hugo Junkers hat Walter Scheiffele hingewiesen.

Peus war für das Bauhaus auch als Auftraggeber und Unterstützer für erste Aufträge von Nutzen. Bei aller Zustimmung, die die Bauhaus-Ästhetik in späteren Jahrzehnten erfahren sollte, blieb die Aufnahme der Bauhauskonzeption bei Auftraggebern in den Jahren der realen Existenz des Bauhauses doch zurückhaltend. So bleibt festzuhalten, dass Aufträge der SPD-Unternehmen in Dessau und Köthen an Bauhaus-Architekten gingen und dass Hannes Meyer in Bernau für den sozialdemokratischen Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund bauen konnte. Und die sozialdemokratischen Verlage beauftragten Bauhaus-Typografen, wie Jan Tschichold und Herbert Bayer mit Gestaltungen und öffneten sich damit der neuen Typografie. Was durchaus keine Selbstverständlichkeit war und ihnen im Vergleich mit sonstigen grafischen Produktionen ihrer Konkurrenten eine Alleinstellung verschaffte.

Mit der Eroberung von Mehrheiten in den Räten, den Landtagen und im Reichstag durch die Nationalsozialisten zeichnete sich mit dem beginnenden Untergang der Weimarer Demokratie auch das Ende der glücklichen Jahre in Dessau ab. Mit der Stärke der SPD war es 1932 in Dessau und im Freistaat vorbei, sodass in den folgenden Abstimmungen die politische Rechte das Ende des Bauhauses beschloss. Der Nachruhm der SPD und von Heinrich Peus würden stärker glänzen, wenn sie sich 1932 nicht der Stimme enthalten, sondern gegen die Schließung gestimmt hätte. Die unentschlossene Reaktion der SPD-Fraktion

beeinflusste auch die mangelhafte Verankerung der Bauhaus-Ästhetik unter den SPD-Mitgliedern und ihren Anhängern.

Trotzdem bleibt festzuhalten, dass – wie Walter Scheffele es beschreibt – nur das persönliche Kraftfeld Hesse-Peus-Sozialdemokratie die Blütezeit des Bauhauses in Dessau ermöglichte. Der Nachruhm des Bauhauses, das wie „keine andere Kunst- und Geschmacksschule des zwanzigsten Jahrhunderts einen Mythen-Legenden- und Allmachtstatus“ erreicht hat, wurde erst durch diesen politischen Einsatz in schwieriger Zeit möglich.

In den Jahren 1932/33 näherte sich der politische Lebensweg Heinrich Peus' seinem Ende. Schon 1928 hatte mit Gerhart Seger ein jüngerer Sozialdemokrat – damals 33 Jahre alt – die Chefredaktion des „Volksblatts“ übernommen und als Vorsitzender der SPD folgte er Peus ebenfalls nach, sodass Peus zu Beginn der 1930er Jahre die Rolle des „elder statesman“ übernahm. Er war weiterhin durch seine Mandate einflussreich, aber nicht mehr allein der politische Kopf der SPD und schon gar nicht der Anführer im Kampf gegen die anwachsende NSDAP. Diese Aufgabe füllte Gerhart Seger aus, der mit Klarsicht die drohende Gefahr erkannte und eine deutliche Sprache gegen die nationalsozialistische Agitation führte, während Peus der verbreiteten SPD-Auffassung zuneigte, dass die Nationalsozialisten nach kurzer Zeit „wieder versacken“ würden. Für seine mutigen Attacken zahlte Seger in den letzten Monaten der Weimarer Republik seinen Preis, er wurde mehrfach wegen Beleidigung verurteilt. In diesen Auseinandersetzungen stand Peus stets an dessen Seite. Segers nationalsozialistische Gegner vergaßen dessen Angriffe nicht: Er wurde im März 1933 verhaftet und später in das Konzentrationslager Oranienburg eingeliefert, aus dem er am Jahresende fliehen konnte. Sein 1934 in der Tschechoslowakei veröffentlichter Erlebnisbericht wurde zu einem Weltbestseller und lieferte das Basis-Material für Anna Seghers Roman „Das siebte Kreuz“. Gerhart Seger kehrte aus dem Exil in den Vereinigten Staaten nicht nach Deutschland zurück. Er starb 1967.

Heinrich Peus politische Laufbahn endete mit der Gleichschaltung der Parlamente nach dem Beschluss des Ermächtigungsgesetzes am 23. März 1933 und dem Verbot der SPD am 22. Juni. 40 Jahre war er der politische Kopf und der Motor der anhaltischen Sozialdemokratie gewesen, nun stand er vor den Trüm-

mern seines Lebenswerks. Das Fortwirken der Bauhaus-Ideen sollte er nicht mehr erleben. Dem inzwischen fast 71-jährigen Peus blieben Verfolgung und Haft erspart. Er starb 1937 in Dessau.

Wenn wir heute an Heinrich Peus erinnern, dann dürfen wir nicht übersehen, dass weder zu seinem 100. Geburtstag – 1962 – noch zu seinem 50. Todestag – 1987 – Erinnerungsveranstaltungen stattfanden. Heinrich Peus blieb durch die Teilung der Welt in zwei Lager nach dem Zweiten Weltkrieg ein Vergessener. Die von Walter Gropius, dem Bauhaus-Gründer, beeinflusste und gesteuerte Bauhaus-Geschichtsschreibung konnte in den Vereinigten Staaten der McCarthy-Ära mit ihrer Kommunisten- und Linken-Hatz einen Sozialdemokraten als Organisator und Retter nicht würdigen. Im einfachen Verständnis McCarthys und seiner Unterstützer war ein Sozialdemokrat einem Kommunisten gleichzusetzen, und zudem hätten dadurch die am Bauhaus durchaus vorhandenen kommunistischen Tendenzen – man denke nur an Hannes Meyer – in den USA öffentlich werden können. Das hätte das berufliche, mindestens das geschäftliche Aus für Gropius und weitere US-Emigranten aus dem Bauhaus zur Folge haben können. Also musste dem liberalen Fritz Hesse die gesamte politische Aktion für das Bauhaus zugeschrieben werden. Leider sind allzu viele Autoren dieser Verfälschung gefolgt.

Dass die Arbeit eines Sozialdemokraten im Nachkriegsdeutschland vergessen blieb, war ebenfalls Folge des politischen Klimas. In der kulturellen Enge der frühen Bundesrepublik wurde das Bauhaus-Erbe nur langsam angenommen, zu stark wirkte die NS-Zeit nach. Als in den 1960er Jahren die Beschäftigung intensiver wurde, prägte die Gropius-Interpretation die Darstellungen über das Bauhaus, da die Quellen in der DDR nicht zugänglich waren. Dass die SED und damit die DDR an der Würdigung eines Sozialdemokraten kein Interesse hatte, bedarf keiner besonderen Erläuterung.

Erst mit der Arbeit von Walter Scheiffele konnte dieser herausragende Politiker wieder entdeckt werden. Allein die kommunal- und landespolitischen Leistungen im Freistaat Anhalt machen Heinrich Peus zu einer erinnerungswerten Figur. Tatsächlich ist er durch seine Leistungen für das Bauhaus, für die gesamte Sozialdemokratie – über Deutschland hinaus – von überragender Bedeutung. Ich kann nur den Anstoß dazu geben, das Andenken an Heinrich Peus in angemessener Form weiter zu pflegen.

Zu den Autoren

Helga Grebing



geb. 1930, Dr. phil., Dr. rer. pol. habil., Professorin an den Universitäten Frankfurt am Main, Göttingen und Bochum, hier Leiterin des Instituts für die Erforschung der europäischen Arbeiterbewegung. Arbeits- und Forschungsschwerpunkte: Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Theoriegeschichte der europäischen Arbeiterbewegung, deut-

sche Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts. Seit 1995 emeritiert, seither publizistisch tätig. Mitglied unter anderem der Historischen Kommission beim Parteivorstand der SPD. Neuere Buchpublikationen: Die Worringers. Bildungsbürgerlichkeit als Lebenssinn, Berlin 2004; Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007; Willy Brandt. Der andere Deutsche, München 2008; Mitherausgeberin der Berliner Ausgabe von Willy Brandt (2002–2009); Freiheit, die ich meinte. Erinnerungen an Berlin, Bonn 2012.

Walter Scheiffele

geb. 1946, Dr. phil., ist Design- und Kulturhistoriker, zurzeit Gastprofessor für Theorie und Geschichte des Design an der Kunsthochschule Berlin-Weißensee. Sein Arbeitsschwerpunkt liegt in einer Architektur-, Design- und Kulturgeschichte der Moderne mit ihren ökonomischen und politischen Bezügen. Neuere Buchpublikationen: Wilhelm Wagenfeld und die moderne Glasindustrie, Stuttgart 1994; (mit Joachim



Krausse/Dietmar Ropohl als Hrsg.) Vom Großen Refraktor zum Einsteinturm, Berlin 1996; (mit Joachim Krausse als Hrsg.) Siemens – 150 Jahre Elektrifizierung. Eine synchroptische Darstellung, Berlin 1997; bauhaus, junkers, sozialdemokratie. ein kraftfeld der moderne, Berlin 2003; (mit Barbara Junge/Zane Berzina u.a. als Hrsg.) The Digital Turn. Design in the Era of Interactive Technologies, Berlin 2012; Das leichte Haus. Utopie und Realität der Membranarchitektur, Leipzig 2014 (i.V.).

Klaus Wettig



geb. 1940, erlernte den Schriftsetzerberuf, erwarb das Abitur im zweiten Bildungsweg, ab 1962 studierte er Literaturwissenschaften, Geschichte, Rechts- und Sozialwissenschaften in Göttingen. Er war Mitarbeiter des niedersächsischen SPD-Politikers und Kultusministers Peter von Oertzen von 1970 bis 1975, unter anderem dessen Büroleiter. 1975 ging er für die SPD/Friedrich-Ebert-Stiftung als politischer Berater ins revolutionäre Portugal, danach baute er für die FES das Landesbüro Niedersachsen auf. 1979 wurde er in

das erste direkt gewählte Europäische Parlament gewählt, dem er bis 1994 angehörte. Er war dort Mitglied des Fraktionsvorstands, organisierte für die SPD 1984 und 1989 bei den folgenden Direktwahlen die Wahlkämpfe und koordinierte die Wahlkämpfe der sozialdemokratisch-sozialistischen Parteien in der damaligen Europäischen Gemeinschaft. Außerdem hatte er folgende Parlamentsfunktionen inne: Präsident des Gemeinsamen Ausschusses Europäisches Parlament/Portugiesische Versammlung der Republik, 1. Vizepräsident des Gemeinsamen Ausschusses Europäisches Parlament/Schwedischer Reichstag. Nach seinem Rückzug aus dem Europäischen Parlament arbeitete er ehrenamtlich als Geschäftsführer des Freundeskreises Willy-Brandt-Haus und für eine Verlagsgruppe (PARTHAS, Verlag für Berlin-Brandenburg, vorwärts|buch). Seitdem gestaltete er zahlreiche Titel als Herausgeber und Autor.

Gesprächskreis Geschichte

Im Gesprächskreis Geschichte der Friedrich-Ebert-Stiftung werden historische Themen von aktueller politischer Bedeutung diskutiert. Die Publikationen der Reihe gehen in der Regel auf Veranstaltungen zurück, die in Bonn oder Berlin stattgefunden haben und sich an eine breitere historisch interessierte Öffentlichkeit richten.

Die Schriftenreihe erscheint seit 1992 und ist in der Digitalen Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung im Volltext frei zugänglich:

<<http://www.fes.de/archiv/gkg>>

Zuletzt sind erschienen:

„150 Jahre deutsche Sozialdemokratie. Für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität!“ Eröffnungsreden. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 52 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 103)

ISBN 978-3-86498-722-9

Heike Christina Mätzing

Wissenschaftler und Botschafter der Völkerverständigung. Georg Eckert (1912–1974) zum 100. Geburtstag. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 33 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 102)

ISBN 978-3-86498-538-6

Karl Christian Führer

Carl Legien. Drei Gründe, warum der Gewerkschaftsführer es verdient hat, erinnert zu werden. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – (i. E.)

(Gesprächskreis Geschichte; 101)

ISBN 978-3-86498-513-3

Heinrich-August Winkler

Die Ehre der deutschen Republik. Zum 80. Jahrestag der Rede von Otto Wels gegen das Ermächtigungsgesetz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 28 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 100)

ISBN 978-3-86498-502-7

Volker Weiß

Moses Hess (1812–1875). Leben, Werk und Erbe eines rheinischen Revolutionärs. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 99)

ISBN 978-3-86498-423-5

Klaus Schönhoven

Freiheit durch Demokratischen Sozialismus. Willy Brandts Überlegungen zum programmatischen Selbstverständnis der SPD. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der Sozialen Demokratie, 2013. – 40 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 98)

ISBN 978-3-86498-408-2

Małgorzata Świder

Die katholische Kirche in Polen und die SPD in den 1980er Jahren. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2013. – 128 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 97)

ISBN 978-3-86498-410-5

Mike Schmeitzner

Eine totalitäre Revolution? Richard Löwenthal und die Weltanschauungsdiktaturen im 20. Jahrhundert. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 50 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 96)

ISBN 978-3-86498-153-1

Marc Buggeln

Das System der KZ-Außenlager: Krieg, Sklavenarbeit und Massengewalt. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 170 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 95)

ISBN 978-3-86498-090-9

Helga Kutz-Bauer/Max Raloff

Aufstieg durch Bildung. Eine sozialdemokratische Erfolgsgeschichte. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2012. – 80 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 94)

ISBN 978-3-86498-054-1

Tim Völkerling

„Flucht und Vertreibung“ ausstellen – aber wie? Konzepte für die Dauerausstellung der „Stiftung Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ in der Diskussion. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 73 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 93)

ISBN 978-3-86872-970-2

Meik Woyke (Hrsg.)

50 Jahre Archiv für Sozialgeschichte. Bedeutung, Wirkung, Zukunft. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 56 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 92)

ISBN 978-3-86872-819-4

Benjamin Ziemann

Die Zukunft der Republik? Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold 1924–1933. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 74 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 91)

ISBN 978-3-86872-690-9

Michael Ruck/Michael Dauderstädt

Zur Geschichte der Zukunft. Sozialdemokratische Utopien und ihre gesellschaftliche Relevanz. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 92 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 90)

ISBN 978-3-86872-644-2

Max Bloch

Wir müssen aus dem Turm heraus! Der Weg der SPD zur Volkspartei 1907–1959. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2011. – 36 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 89)

ISBN 978-3-86872-539-1

Dieter Wunder/Ute Erdsiek-Rave

Bildung – ein sozialdemokratisches Zukunftsthema. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 32 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 88)

ISBN 978-3-86872-412-7

Masaaki Yasuno

Die Entwicklung des Godesberger Programms und die Rolle Erich Ollenhauers. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 60 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 87)

ISBN 978-3-86872-349-6

Michael Schneider

Politischer Widerstand? Dissens im Alltag des „Dritten Reichs“. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung, Archiv der sozialen Demokratie, 2010. – 43 S.

(Gesprächskreis Geschichte; 86)

ISBN 978-3-86872-319-9